

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtdruckerei: Tagesblatt Riesa,
General Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Kreisbauernvereine, des Amtsgerichts, der Kreisbauernvereine beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Amtsgerichts Riesa.

Postfachamt: Dresden 1330
Stroßstraße Riesa Nr. 22.

Nr. 42.

Sonntag, 19. Februar 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 8 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 33 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige je nach Anzahl der Zeilen und tabellarischer Satz 50%, Kuffing, feste Zeilen. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verstreut, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeiträge werden an der Kasse. — Im Falle überhöhter Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhersehbarer Störungen des Betriebes des Druckers, der Druckerei oder der Verlagsanstalt — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Lenkt Polen ein?

Dieser Tage gewährt der polnische Handelsminister Dr. Smiatkowski einem Mitarbeiter des Kurier Voranruf eine Unterredung, in der er auch sehr eingehend auf die augenblicklichen Meinungsverschiedenheiten zwischen der deutschen und der polnischen Regierung zu sprechen kam. Das Bemerkenswerteste in seiner Rede ist seine Erklärung, daß Polen eine Verlängerung des deutsch-polnischen Zollkrieges nicht wünsche. Im übrigen bemüht er sich hauptsächlich, in seinen Ausführungen an den Pressevertreter sachlich zu bleiben und den Gesamteindruck seiner Darlegungen auf eine verständliche Note zu stimmen. Immerhin verdient manches, was der polnische Handelsminister zu sagen wußte, eine Beachtung. Wenn er feststellen glaubt, daß die bisherigen Ergebnisse des Zollkrieges für Polen nicht unangenehm seien, da nach seiner Ansicht die wirtschaftliche Emanzipation Polens sich lediglich durch diesen Zollkrieg vollzogen habe, so dürfte er von einer falschen Voraussetzung ausgehen. Nicht der Zollkrieg und seine Wirkungen brachten der polnischen Wirtschaft die Erleichterung in den letzten Monaten. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Polens ist lediglich einer künstlichen Einheitsbeschränkung auszuführen und schließlich auch der Erhöhung der Kohlenpreise im Zusammenhang mit dem englischen Bergarbeiterstreik. Der polnische Handelsminister würde jedoch einer falschen Auffassung Ausdruck geben, wenn er mit seinen Worten behaupten will, daß allein durch eine Erhöhung der Zollsätze und durch einen künstlichen Schutz der im Vergleich zum Ausland nicht konkurrenzfähigen polnischen Wirtschaft eine dauernde Verbesserung und schließlich auch eine Gesundung der Wirtschaft des Staates herbeigeführt werden könnte. Herr Dr. Smiatkowski dürfte sich ebenfalls mit der Behauptung auf dem Irwege befinden, für Deutschland habe der Zollkrieg ungleich ungünstigere Folgen gehabt als für Polen. Statistisch ist festzustellen, daß sich die deutsche Einfuhr nur proportional im gleichen Verhältnis zu dem Rückgang der gesamten Einfuhr nach Polen vermindert hat. Im Gegenteil zu weiteren Behauptungen des polnischen Handelsministers ist ferner festzustellen, daß Deutschland auf Grund der Handelsvertragsverhandlungen niemals einseitige Vergünstigungen erziehen wollte. Die Reichsregierung hat niemals ein Verbot aus ihrer Ansicht gemacht, daß das Reich lediglich ein beide Partner bindendes und den Interessen beider Staaten gerecht werdendes Abkommen abzuschließen gedenke. Durch die Ablehnung der mit den Handelsvertragsverhandlungen betronten polnischen Forderungen, die Fragen des Niederlassungsrechtes und der Ausweisungen im Zusammenhang mit den nun seit zwei Jahren schwebenden Handelsvertragsverhandlungen zu berühren und jetzt wieder die Ablehnung der Warschauer Regierung, die Frage des Niederlassungsrechtes sofort besonders zu behandeln, wurde die deutsche Reichsregierung zu ihrem letzten Schritt geradezu gezwungen. Aber sie hat gerade durch die Art ihres Schrittes unmissverständlich deutlich zu erkennen gegeben, daß sie kein Interesse an einem vollständigen Abbruch der Verhandlungen hat, sondern daß sie nur wünscht, daß die Voraussetzungen für ein ernstliches Verhandeln beider Teile geschaffen werden. Es liegt nunmehr an Polen, diese Voraussetzungen zu schaffen.

Hangtschau von den Südruppen besetzt.

(Shanghai, 18. Febr.) Die Truppen des Generals Suntschuanfang stehen sich allgemein von Hangtschau aus, daß die Südruppen, ohne einem Widerstand zu begegnen, besetzen. 10 000 Mann der Armee Suntschuanfangs befinden sich an mehreren Punkten der Eisenbahnlinie Shanghai-Hangtschau zwischen Nankin und Sunghai, was darauf deutet, daß die Truppen Suntschuanfangs in Richtung auf Hangtschau nicht Halt machen werden.

Neuer Erfolg der Kantontuppen.

(London, 18. Febr.) Neuer Meist aus Shanghai: Die Stadt Ningpo, 90 Meilen südlich von Hangtschau, ist von der Kantontarmee eingenommen worden. Die Truppen Suntschuanfangs, die die Stadt geräumt haben, sind auf dem Seewege in Shanghai eingetroffen. Nach einer letzten Meldung dauert der Rückzug großer Teile der Streitkräfte Suntschuanfangs in die Provinz Kiangsi an. Auf dem an der Grenze der internationalen Niederlassung in Shanghai gelegenen Zentralbahnhof kamen am Abend über 4000 auf dem Rückzug befindliche Soldaten an. Außerdem treffen Putschkämpfer in großen Scharen ein.

Die Lage ähert sich.

Die Lage in Shanghai ist ähert sich. Die Arbeiter verlangen für heute vormittag den Generalkrieg, um ihre Forderungen nach Klärung Shanghai durch die britischen Truppen und das Meer Suntschuanfangs mit Gewalt durchzusetzen. Tatsächlich und Wenzhou sind von den Aufständern geräumt worden.

Ausrückung des Generalkreises in Shanghai.

Shanghai, (Funkdruck.) Der Allgemeine Gewerkschaftsbund hat heute den Generalstreik ausgerufen, um seiner Forderung nach Klärung Shanghai durch die britischen Truppen Suntschuanfangs und durch die britischen Truppen Nachdruck zu verleihen. Heute vormittag leisteten alle Angestellten der Post, der Straßenbahnen und der Eisenbahnen in der französischen Konzession die Arbeit nieder. Die Zahl der Streikenden beträgt 40 000.

Massenausperrungen in der sächsischen Metallindustrie.

Etwa 150 000 Arbeiter von der Aussperrung betroffen.

* Chemnitz, 19. Febr. Die Vereinigung der sächsischen Metallindustrieverbände hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, die Metallarbeiter in Chemnitz, Zwickau, Dresden und Plauen abm. am Sonntag mittig mit Aussperrung auszusperrten. Von der Aussperrung werden etwa 150 000 Arbeiter betroffen.

Die Aussperrung vollzogen.

(Chemnitz, 19. Febr.) Die Vereinigung der sächsischen Metallindustrieverbände hat heute die Aussperrung der sächsischen Metallarbeiter ausgeschrieben, heute mittig in Kraft getreten.

Ergebnislose Verhandlungen in Berlin.

(Dresden, 19. Febr.) Aus Berlin wird gemeldet: Die im Reichsarbeitsministerium abgehaltenen Verhandlungen über die von den Arbeitgebern beantragte Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches für die sächsische Metallindustrie sind ergebnislos verlaufen. Ob und wann neue Besprechungen stattfinden sollen, steht noch nicht fest.

Erneute Verhandlungen am Montag.

(Dresden, 19. Febr.) Das sächsische Arbeitsministerium hat die Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Metallindustrie erneut zu Verhandlungen über die Arbeitszeitfrage am Montag, den 21. d. M. nach Dresden eingeladen, um auf diese Weise schwere Erschütterungen des Wirtschaftslebens zu vermeiden. Das Arbeitsministerium hat sich ferner bemüht, auf die Arbeitgeber einzuwirken, daß die angebotene Aussperrung einseitig unterbleibe. Beide Parteien haben ihr Erscheinen zu den neuen Verhandlungen zugesagt.

Die Regelung der Arbeitszeit.

Die Reichsregierung hat nunmehr das schon seit langem geplante neue Arbeitszeitgesetz fertiggestellt, den Entwurf in einer Kabinetsform angenommen, so daß er nunmehr in allerhöchster Zeit den parlamentarischen Körperschaften zur Genehmigung vorgelegt werden kann. Am Donnerstag fanden im Reichstag zwischen den Vertretern der einzelnen Regierungsparteien Besprechungen statt, die Einigungsmaßnahmen in den Meinungsverschiedenheiten über den von der Regierung ausgearbeiteten Entwurf feststellen sollten. Das nunmehr abgeschlossene Gesetzwerk weicht von dem Kompromißentwurf, der noch vor der Regierungskrise von den Parteien des Reichstages angenommen wurde, insofern ab, als er den § 11, der eine freiwillige Mehrarbeit zuläßt, im Beifall kommen läßt. Bis jetzt herrscht in den Kreisen der Regierungsparteien über die Zulässigkeit oder das Verbot einer über den achtstündigen hinausgehenden Mehrarbeit harte Meinungsverschiedenheit. Die Arbeitervertreter des Zentrums und auch ein Teil der Deutschnationalen Fraktion neigen einem grundsätzlichen Verbot der Mehrarbeit zu, während die Deutsche Volkspartei und ein anderer Teil der Deutschnationalen prinzipielle Bedenken gegen ein rigoroses Verbot einer freiwilligen Mehrarbeit hegen. Wenn auch der neue Regierungsentwurf den Paragraphen 11 im Beifall kommen läßt, so sind doch in dem Entwurf bezüglich der Mehrarbeit Abstriche hineingekommen worden, die sich auf eine verbindliche Behandlung von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben beziehen. Insbesondere soll der Eigenartigkeit des Druckereibetriebes, soweit er Zeitungsdruck betrifft, Rechnung getragen werden, da die Erfahrungen gelehrt haben, daß die Betriebe von Tageszeitungen, besonders am Sonntag, ohne eine Mehrarbeit nicht auskommen können. Die Aussprache innerhalb der Regierungsparteien läßt sich noch zu keinem Ergebnis. Das Stimmenverhältnis für oder gegen die Zulässigkeit einer Mehrarbeit, hält sich ungefähr die Waage. Immerhin sind Möglichkeiten, die zu einer Einigung führen könnten, durchaus gegeben. Man hofft, durch Gewährung von Sicherheiten für kleinere Betriebe, die eine allzu große Einschränkung der Arbeitsmöglichkeit befürchten, und durch ein Entgegenkommen in Bezug auf die Forderungen der Großbetriebe die Kreise der Regierungskoalition, die heute noch harte Bedenken gegen den Regierungsentwurf vertreten, zu einer Revision ihrer Stellungnahme zu bewegen. Vorderrand wurde eine kleine Kommission eingesetzt, die eine Formulierung des unstrittigen Paragraphen 11 im Sinne eines Kompromisses versuchen soll. Entgegengelehrt den Behauptungen der Opposition kann man bestimmt damit rechnen, daß innerhalb der Regierungskoalition eine allseitig befriedigende Einigung über das neue Arbeitszeitgesetz gefunden werden wird.

Leistung einseitig unterbleibe. Beide Parteien haben ihr Erscheinen zu den neuen Verhandlungen zugesagt.

* Leipzig, 19. Febr. Nachdem der Reichsarbeitsminister abgelehnt hatte, den Dresdener Schiedsspruch für verbindlich zu erklären, sind, wie wir hören, dem Verband der Metallindustriellen in Leipzig von den beteiligten Arbeitnehmern Organisationen neue Verhandlungen angeboten worden.

Aussperrung in der Textilindustrie.

* Görlitz, 18. Febr. Nachdem heute nach Arbeitsabschluss auch die Textilarbeiter in Seidenberg ausgesperrt worden sind, beträgt die Zahl der ausgesperrten Arbeiter in der Bezirksamtsgruppe Görlitz-Seidenberg rund 2500. Morgen erfolgt die Aussperrung in der Bezirksamtsgruppe Reichenbach i. Schl. so daß dann insgesamt 25 000 Arbeiter ausgesperrt sein werden.

Lohnbewegung der Eisenbahner.

(Berlin, 19. Febr.) Die Eisenbahner-Organisationen treten am kommenden Montag zu einer Besprechung zusammen, um zur Klärung der Lohnbestimmungen des Tarifvertrages Stellung zu nehmen. Wie der Vorwärts anzeigt, dürfte es zur Klärung der Lohnbestimmungen kommen, da ein Ausgleich zwischen den Löhnen und der seit den letzten Lohnabmachungen weiter sich steigernden Lebenshaltungskosten betrachtet werden muß.

Schiedsspruch für die nordwestliche Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie.

* Essen, 18. Febr. Gestern fanden vor dem Schlichter die Verhandlungen über den Lohnantrag für die nordwestliche Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie statt. Es wurde ein Schiedsspruch gefaßt, der für die Arbeiter über 21 Jahre eine Lohnerhöhung von 70 auf 75 Pfennige vorsieht, für die ungelerten Arbeiter eine solche von 55 auf 60 Pfennig. Die feste Zulage für Akkord- und Terminarbeiter ist um 5 bzw. 3 Pfennige erhöht worden. Der Schiedsspruch gilt bis zum 1. Dezember d. J.

Die Mieter erzwingen den Sitzungsabbruch.

Preussischer Landtag und Forderung der Wohnungszwangswirtschaft.

(Berlin, 18. Febr.) Der Preussische Landtag verwarf heute mit 123 Stimmen gegen 143 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Volksfäden den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Verordnung vom 11. November 1926, betreffend die Forderung der Mieterhöhung. Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, die erwähnte Verordnung so abzuändern, daß Kündigungen und Mietsteigerungen ausgeschlossen bleiben, wurde ebenfalls abgelehnt, desgleichen ein dritter sozialdemokratischer Antrag auf Herauslösung der gewerblichen Räume aus der genannten Verordnung. Dagegen wurde ein demokratischer Antrag, der die Kündigungsfrist vom 1. April auf 30. Sept. d. J. hinauschiebt, mit den Stimmen der Linksparteien bei Enthaltung der Deutschen Volkspartei angenommen. In der Diskussion, während der es wiederholt zu lebhaften Zwischenrufen zwischen den Links- und den Rechtsparteien kam, so daß Präsident Bartels verschiedene Ordnungsrufe erteilen mußte, hatte Volkswohlfahrtsminister Dietrich die Verhandlung verweigert und betont, daß die vorliegenden Änderungsanträge von falschen Voraussetzungen ausgehen, da die Verordnung nicht die Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume, sondern für alle Räume aufhebe, die am 1. Dezember v. J. nicht Wohnräume waren.

Nach gegen Schluß der Sitzung die Deutschnationalen und das Zentrum auch gegen den demokratischen Änderungsantrag stimmten, erwiderten von den linksbelegten Tribünen, deren Besucher vom Landtagspräsidenten bereits verworren worden waren, laute Schmähsprüche gegen die Rechtsparteien. Der Anordnung des Präsidenten Bartels auf Klärung der Tribünen wurde auf Veranlassung kommunistischer Abgeordneter nicht Folge geleistet. Kriminalbeamte konnten nur einige wenige Tribünenbesucher entfernen. Bei dem anhaltenden Tumult hob schließlich der Landtagspräsident die Sitzung durch Verlassen des Präsidiums ab. Die Beratungen wurden auf Sonntag vertagt.

De Vincedos Transozeanflug.

Bolama. Ausblick der hier befindlichen ungewöhnlichen Temperaturverhältnisse und vollkommener Windstille, die vor allem den Aufstieg mit den für die Strecke Bolama - Port Natal (Brasilien) nötigen Betriebsmitteln behindert, hat sich de Vincedo entschlossen, die Ueberfliegung des Quans von Port Braia (Kap Verdeische Inseln) aus zu unternehmen. Er ist gestern nachmittags 2.40 Uhr zum Flug nach Port Braia über Dakar (Senegal) aufgestiegen.